



Blick nach vorn

▲ 60 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge sieht die Europäische Union unsicheren Zeiten entgegen

Einfluss sichern in einer globalisierten Welt

Im 60. Jahr der Römischen Verträge gilt es, den Abgesang auf Europa zu beenden, sich auf die Verdienste sowie Vorteile dieses Projektes zu besinnen und Europa nachhaltig zu verbessern

Das Jahr 2016 war erneut ein Krisenjahr für die Europäische Union. Die Probleme der Währungsunion sind auch im achten Jahr nach der Lehman-Pleite nicht zufriedenstellend gelöst, und eine Einigung auf einen europäischen Ansatz zur Bewältigung des Zustroms von Flüchtlingen zeichnet sich nicht ab. Hinzu kommt der Brexit-Schock. Zum ersten Mal in der Geschichte hat ein Mitgliedstaat angekündigt, die Union verlassen zu wollen.

Auch 2017 bleibt die EU zunächst im Krisenmodus. Die Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten zeigt, dass der erstarkende Nationalismus, die Verrohung der politischen Debatten und die Glorifizierung der Vergangenheit nicht allein europäische Probleme sind. Vielmehr steht das gesamte westliche System unter Druck.

Die Krise Europas ist zunächst auch eine Krise des Kapitalismus und der Demokratie. Die Menschen sind zutiefst besorgt, ob sich das hiesige Sozialmodell und der gewohnte Lebensstil im Zuge der rapide fortschreitenden Globalisierung und Digitalisierung bewahren lassen. Es reicht nicht, dass die Globalisierung die Wirtschaft nominal wachsen lässt, wenn sich weite Teile der Gesellschaft auf der Verliererseite sehen. Die Ungleichverteilung des Wohlstan-

des ist das Urproblem, das extremen politischen Positionen und Parteien den Boden bereitet. Nur wer sich abgehängt fühlt, ist anfällig für die Rhetorik der Populisten.

Schutzversprechen offen Zwar ist die EU nicht die Ursache dieses Problems, aber sie hat es auch nicht verhindert. Das Versprechen der EU an die Europäerinnen und Europäer war, sie vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen und ihnen im weitest möglichen Sinne Sicherheit zu bieten. Dazu zählt sozialer Schutz ebenso wie Schutz vor inneren oder äußeren Feinden.

Sowohl in der Finanzkrise als auch bei den großen Migrationsströmen ist das jedoch nur unzureichend gelungen. Die in den USA entstandene Finanzkrise sandte Schockwellen um den Globus, die auch in Europa die Wirtschaft in eine Rezession stürzten und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte sprunghaft ansteigen ließen. In dieser Situation verfügten die EU und insbesondere die Eurozone nicht über die notwendigen Instrumente, um der Wirtschaft



DER AUTOR

Jo Leinen ist Mitglied des EP und Präsident der Europäischen Bewegung International (EMI)

schnell und effizient auf die Beine zu helfen. Während die Banken mit Milliarden an Steuergeld gerettet wurden, sind Teile der Bevölkerung und ganze Regionen verarmt. In den südlichen EU-Mitgliedstaaten hat es besonders die junge Generation schwer getroffen.

Kontrollverlust bei Migration Auch bei den Migrationsströmen hat die Union ein schlechtes Bild abgegeben. Die Menschen mussten einen Kontrollverlust staatlicher Strukturen mit ansehen, der nicht durch die EU aufgefangen werden konnte. Trotz aller Fortschritte bei der Kontrolle der Außengrenzen sind bis heute zentrale Fragen im Umgang mit Flüchtlingen ungelöst. Das Dublin-System, nach dem immer der EU-Staat für die Flüchtlinge zuständig ist, in dem diese als erstes EU-Territorium betreten haben, existiert quasi nur noch auf dem Papier. Gleichzeitig blockieren einige EU-Mitgliedstaaten die Schaffung eines Systems zur fairen Lastenverteilung.

Dass die EU nicht erfolgreicher agieren konnte, liegt am mangelnden politischen Willen einiger Regierungen und fehlenden Kompetenzen auf europäischer Ebene. Paradoxerweise konnten sich die EU-Mitgliedstaaten gerade in jenen Bereichen, in denen der Mehrwert gemeinsamen Handelns am größten wäre, nicht dazu durchringen, auf europäischer Ebene die nötigen Instrumente bereitzustellen und Entscheidungsstrukturen zu schaffen.

Zwischen den Erwartungen an die EU und ihren Möglichkeiten klappt deshalb eine riesige Lücke. Sowohl die Währungsunion als auch der Binnenraum ohne Grenzkontrollen nach dem Schengener Abkommen sind unvollständig und funktionieren nur, solange keine unerwarteten Probleme auftreten. In beiden Fällen wurde der Versuch unternommen, die Vorteile der gemeinsamen Politik zu genießen, während die Lasten national und ohne Rücksicht auf den europäischen Kontext getragen werden sollten.

Einheitliche Fiskalpolitik Letztlich kann es aber keine dauerhaft erfolgreiche Währungsunion ohne europäische Wirtschafts- und Fiskalpolitik geben. Ebenso kann ein Europa ohne Binnengrenzen nicht funktionieren, wenn der Schutz der Außengrenzen sowie der Umgang mit Flüchtlingen und Migranten nicht als gemeinsame Aufgabe begriffen werden.

Es ist deshalb bequem, der EU und ihren Institutionen den Schwarzen Peter zuzuschieben. Das Europäische Parlament forderte schon 2012, die Dublin-Regeln durch einen dauerhaften Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge zu ersetzen. Auch drängen EU-Kommission und Parlament seit langem darauf, die Währungsunion zu ergänzen, indem auch Elemente der Fiskal- und Wirtschaftspolitik europäisch vereinheitlicht werden. Bei den EU-Mitgliedstaaten fand man damit jedoch nur wenig Gehör. Unter diesen Bedingungen ist eine vorausschauende Politik kaum möglich.

Die Mitgliedstaaten rufen regelmäßig erst dann nach Europa, wenn sich das Problem vor der eigenen Haustür zeigt und es eigentlich schon zu spät ist. Als Folge werden dann unter Zeitdruck zwischenstaatliche Notmaßnahmen beschlossen. So wurden auf dem Höhepunkt der Finanz- und Schuldenkrise Instrumente außerhalb des EU-Rechtsrahmens geschaffen wie etwa der Fiskalpakt zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung oder der Europäische Stabilitätsmechanismus.

Strukturen fehlen Die Notlösungen waren damals unabdingbar. Sie wären aber vermeidbar gewesen, hätte man von Anfang an die nötigen Strukturen auf europäischer Ebene geschaffen. Stattdessen muss heute auf einen fast schon zur Routine gewordenen Krisenmodus zurückgegriffen werden, unter dem die europäische Demokratie zunehmend leidet. Bei zwischenstaatlichen Lösungen bleiben die Gemeinschaftsinstitutionen Europäische Kommission und Europäisches Parlament weitgehend außen vor, während die nationalen Parlamente kaum in der Lage sind,

die Entscheidungen ihrer Regierungen zu kontrollieren.

Oft blieb den Parlamenten keine andere Wahl, als „alternativlosen“ Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs zuzustimmen. Im schlechtesten Falle, wie in der Flüchtlingspolitik, können die EU-Mitgliedstaaten sich nicht oder nur in Teilbereichen - Rückführungsabkommen mit der Türkei und stärkerer Schutz der Außengrenzen - einigen, während anderes ungelöst bleibt.

In einer Welt, in der alle 28 EU-Mitgliedstaaten zusammen gerade einmal sieben Prozent der Weltbevölkerung stellen und 15 Prozent des Welthandels generieren, kann kein einzelner europäischer Staat mehr für sich in Anspruch nehmen, das Weltgeschehen entscheidend zu beeinflussen. Nur die gemeinsame Ausübung der Souveränität bietet die Möglichkeit, den Prozess der Globalisierung mitzugestalten, anstatt nur dessen Spielball zu sein.

Gemeinsam stärker Man sollte sich deshalb auf den Geist der Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaft vor 60 Jahren besinnen. Damals kamen ehemalige Feinde zusammen in der Überzeugung, dass Kooperation besser ist als Konfrontation, Solidarität besser als Konkurrenz und die europäischen Staaten gemeinsam stärker sind als allein. Dies gilt heute mehr denn je. Die EU war nie eine fremde Macht, die über die Staaten herrscht. Sie ist die Gemeinschaft ihrer Mitglieder, welche sich freiwillig entschlossen haben, Souveränität zu bündeln und gemeinsam auszuüben. Dass die EU funktionieren kann, beweist sie in jenen Politikbereichen, in denen die



FOTO: EUROPEAN UNION 2017 / GEORGES BOULOUÇOIRIS

◀ Wenn Europa eine Zukunft haben will, muss die Union die Bürger/innen für sich begeistern

Entscheidungen unter Anwendung der so genannten Gemeinschaftsmethode getroffen werden - etwa bei der Gesetzgebung zum Binnenmarkt oder im Umwelt- und Verbraucherschutz. Dabei entscheiden die beiden Ko-Gesetzgeber gemeinsam per Mehrheitsbeschluss. Das Europäische Parlament repräsentiert die Bürgerinnen und Bürger, während der Rat die EU-Mitgliedstaaten repräsentiert. So wird sichergestellt, dass alle Interessen berücksichtigt werden und europäische Lösungen nicht durch einzelne Partikularinteressen verhindert werden.

Um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden, muss dieses Verfahren auf alle Bereiche Anwendung finden, wo die EU-Mitgliedstaaten in einer globalisierten Welt nicht mehr genug Einfluss nehmen können. Dazu gehören die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Handelspolitik, die Migrations- und Flüchtlingspolitik sowie die Währungs- und Wirtschaftspolitik. Selbstverständlich zählt auch die Klima- und Umweltpolitik dazu.

Gegen Steuerdumping In Bereichen wie der Steuer- und Sozialpolitik muss der Vielfalt in Europa Rechnung getragen werden. Hier gibt es keine „one-size-fits-all“-Lösungen. Allerdings ist es nicht hinnehmbar, dass einige EU-Mitgliedstaaten mit extrem niedrigen Steuersätzen um Großunternehmen buhlen und die Steueraus-

fälle am Ende durch Arbeitnehmer/innen aufgefangen werden müssen sowie kleine und mittlere Unternehmen, die ihren Sitz nicht kurzfristig in einen anderen Staat verlegen können. Andere Entscheidungen sollten so nah wie möglich am Menschen getroffen werden - sprich: in den Kommunen, Regionen oder EU-Mitgliedstaaten.

Ohne die Mitgliedstaaten geht nichts. Sie sind Herr der Verträge und bilden mit den Bürgerinnen und Bürgern die Legitimitätsgrundlage der EU. Diese fußt auf einem gemeinsamen Rechts- und Wertefundament, auf welches sich die EU-Mitgliedstaaten geeinigt haben. Seit den Erweiterungsrounds 2004 und 2007 sowie der Verabschiedung des Lissabon-Vertrags bekommt dieses Fundament zunehmend Risse. Während einige EU-Mitgliedstaaten, insbesondere die der Eurozone, für eine Vertiefung eintreten, propagieren andere Regierungen offen ein „Europa der Vaterländer“, in dem Entscheidungen möglichst nur durch die Regierungen im Europäischen Rat getroffen werden.

Künftige Aufgaben klären Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob noch alle EU-Mitgliedstaaten ähnliche Vorstellungen haben, wie die EU beschaffen sein soll und welche Aufgaben sie übernehmen soll. Diese Grundsatzfrage muss beantwortet werden, denn auf einem wackligen Fundament lässt sich kein stabiles Haus bauen. Zu begrüßen ist deshalb der Ansatz der Eu-

ropäischen Kommission, in ihrem Weißbuch vom März 2017 fünf Szenarien vorzustellen, wie Europa im Jahre 2025 aussehen könnte.

Das Europäische Parlament hat sich bereits im Februar 2017 klar für eine Vertiefung der Union und für demokratische Entscheidungsstrukturen ausgesprochen. Nun liegt es an den EU-Mitgliedstaaten, Farbe zu bekennen. Alle Staaten sind gleichwertig, doch kommt Frankreich und Deutschland als Gründungsstaaten und größte EU-Volkswirtschaften eine besondere Verantwortung zu - vor allem angesichts des absehbaren Ausscheidens des Vereinigten Königreichs aus dem europäischen Verbund. Die Wahl des pro-europäisch gesinnten Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten könnte den deutsch-französischen Motor wieder zum Laufen bringen, was für den Erfolg der EU unerlässlich ist.

Deutsch-französische Vision Frankreich und Deutschland sollten gemeinsam eine Vision für die Zukunft Europas entwickeln, die dann mit und in allen EU-Mitgliedstaaten diskutiert wird. Dies darf sich nicht auf die Parlamente und Amtstuben beschränken, sondern muss in so vielen Regionen, Städten und Dörfern wie möglich geschehen - von Portugal bis zum Baltikum. Eine echte Bürgerunion kann nur von den Bürgerinnen und Bürgern geschaffen werden. Ein dritter europäischer Konvent könnte eine neue Verfassungsgrundlage für eine noch stärker demokratische, transparente und handlungsfähige Union erarbeiten.

Niemals war das öffentliche Interesse an europäischer Politik so groß wie heute. Aber auch noch nie war die Öffentlichkeit gegenüber der EU so polarisiert - mit nationalistischen Tendenzen auf der einen und pro-europäischen Bürgerbewegungen auf der anderen Seite. Es ist an der Zeit, dass sich Europäerinnen und Europäer der Gretchenfrage über die Zukunft der Europäischen Union und des europäischen Kontinents stellen sowie die längst überfällige Debatte über das gemeinsame europäische Fundament führen. ●



FOTO: EUROPEAN UNION/ADAM BERRY

◀ Auch junge Menschen muss die Europäische Union verstärkt einbeziehen